

Niederschrift
zur Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Moorrege (öffentlich)

Sitzungstermin: Montag, den 23.03.2009
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 20:55 Uhr
Ort, Raum: Feuerwehrgerätehaus Heist, Schulstraße 3, 25492 Heist

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Detlev Brüggemann		
Frau Ute Ehmke	GuB	
Herr Werner Fitzner	FDP	
Herr Klaus Grage	CDU	
Frau Bettina Homeyer	CDU	
Frau Jutta Kaufmann	FDP	
Herr Hans-Peter Lütje	CDU	1. stv. Amtsvorsteher
Herr Uwe Mahnke	SPD	
Frau Sylvia Marquard	FWH	
Herr Jürgen Neumann	CDU	Vertretung für Herrn Jörg Behrmann
Herr Georg Plettenberg	CDU	2. stv. Amtsvorsteher
Herr Ulrich Rahnenführer	SPD	
Herr Walter Reißler	CDU	Amtsvorsteher
Herr Horst Schaper	CDU	
Frau Helga Schlichtherle	CDU	
Herr Bernhard Siemonsen	CDU	
Herr Udo Tesch	SPD	
Frau Bärbel Thiemann	CDU	
Herr Dietmar Voswinkel	SPD	
Herr Karl-Heinz Weinberg	CDU	
Herr Sören Weinberg	CDU	Vertretung für Herrn Jan Schmidt

Gäste

Herr Dr. Wolfgang Grimme	Landrat des Kreises Pinneberg
Herr Rainer Jürgensen	
Herr Jörg Steinbrenner	Leiter des Fachbereiches Soziales, Jugend, Schule und Gesundheit des Kreises Pinne- berg

Protokollführer/-in

Herr Jens Neumann

Verwaltung

Herr Jürgen Manske	Leitender Verwaltungsbeamter des Amtes Moorrege
--------------------	--

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Behrmann	CDU
Herr Frank Büchner	SPD
Herr Jan Schmidt	CDU

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 12.03.2009 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Amtsausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 8 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Als neuer Tagesordnungspunkt 4 wird „*Konjunkturpaket II; hier: Schulbau- und Kindertagesstättenförderung*“ eingefügt. Die nachfolgenden Punkte verschieben sich entsprechend. Der Erweiterung der Tagesordnung wird zugestimmt.

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung:**

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Bericht des Amtsvorstehers
2. Einwohnerfragestunde
3. Austausch mit dem Landrat des Kreises Pinneberg über aktuelle Entwicklungen, Erwartungen und Anregungen in der Zusammenarbeit mit dem Kreis
4. Konjunkturpaket II; hier: Schulbau- und Kindertagesstättenförderung
Vorlage: 080/2009/AMT/BV
5. Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 079/2009/AMT/BV
- 5.1. Information zum Jahresabschluss 2008
6. Wahl einer Vertreterin oder eines Vertreters des Amtes in den Vorstand des Kreisverbandes Pinneberg des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages; hier: Nachfolger für J. Manske
Vorlage: 077/2009/AMT/BV
7. Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

8. Personalangelegenheiten

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Bericht des Amtsvorstehers

Herr Rißler verliest den Bericht des Amtsvorstehers lt. **Protokollanlage Nr. 1**.
Der Amtsausschuss nimmt den Bericht des Amtsvorstehers zur Kenntnis.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen liegen nicht vor.

zu 3 Austausch mit dem Landrat des Kreises Pinneberg über aktuelle Entwicklungen, Erwartungen und Anregungen in der Zusammenarbeit mit dem Kreis

Amtsvorsteher Rißler begrüßt den Landrat des Kreise Pinneberg, Herrn Dr. Grimme sowie den Leiter des Fachbereiches Soziales, Jugend, Schule und Gesundheit, Herrn Steinbrenner.

Zu den nachfolgenden Themen erfolgt ein Austausch:

- Konjunkturpaket II

Der Landrat Herr Dr. Grimme teilt mit, dass sich zum Konjunkturpaket II verschiedene Förderprogramme in Vorbereitung befinden. Auf Bundesebene werden die negativen Auswirkungen der Konjunkturkrise bereits deutlich festgestellt. Im Rahmen der Förderprogramme erfolgt eine breite Beteiligung von Kommunen, Kreis und Land. Da das Konjunkturpaket möglichst kurzfristige wirken soll, wird für ein schlankes Vorgehen plädiert.

- Strukturen der Arbeitsgemeinschaften nach SGB II (Hartz IV)

Lt. Landrat Dr. Grimme konnte bislang noch keine Einigung über die neuen Strukturen der Arbeitsgemeinschaften nach SGB II (ARGE) erzielt werden. Das neue Modell muss bis Ende 2010 stehen, da die ARGE-Verträge mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) auslaufen und eine verfassungsrechtlich konformes Organisationsmodell für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Die Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende in einer neuen Organisation mit eigener Dienstherrenfähigkeit als Nachfolgemodell für die ARGE, z.B. Zentren für Arbeit und Grundsicherung (ZAG) wird sich derzeit auf Landes- und Bundesebene erörtert.

Seitens des Landrates wird eine kurzfristige Regelung nach der Bundestagswahl erwartet.

- Kreishaushalt

Der Haushalt des Kreises Pinneberg ist nach wie vor negativ. Der Landrat betont, dass vom Kreis viele überregionale Aufgaben wahrgenommen werden und der Umfang der Aufgaben stetig zunimmt. Das Personal- und Sachkostenbudget des Kreises ist stabil bis fallend, jedoch sind große Einsparungen bei dem zu erfüllenden Aufgabenumfang kaum möglich.

- EU-Dienstleistungsrichtlinie

Im Rahmen der sogenannten EU-Dienstleistungsrichtlinie wird zukünftig ein zentraler Ansprechpartner für die Abwicklung von Verwaltungsverfahren einzurichten sein. Für die Verwaltungen bedeutet diese eine deutliche Veränderung im Verwaltungsverfahren.

Die Dienstleistungsrichtlinie hat den Abbau von bürokratischen Hindernissen und zwischenstaatlichen Hemmnissen sowie die Förderung des grenzüberschreitenden Handels mit Dienstleistungen zum Ziel. Länder und Kommunen sollen einen einheitlichen Ansprechpartner und sichere Kommunikationsinfrastrukturen für die EU-weite elektronische Abwicklung von Dienstleistungen schaffen. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie bedeutet einen Kulturwandel, der im Verwaltungsverfahren auf die Kommunen zukommt.

- Kindertagesstättengesetz

Mit Beginn des Kindergartenjahres zum 01.08.2009 ist das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr vorgesehen. Diese Regelung gilt für alle anerkannten Kita's, die in den Bedarfsplan aufgenommen wurden. Anerkannte Träger sind in der Regel Gemeinden, Kirchen, freie Träger und auch anerkannte Vereine. Ab dem 1. August 2009 wird für die Kinder, die sich dann im letzten Kindergartenjahr vor Schuleintritt befinden, für eine bis zu fünfstündige tägliche Betreuung kein Elternbeitrag mehr erhoben. Die Eltern werden von den Trägern der Kindertageseinrichtungen über das Verfahren informiert.

- FD Bauordnung

Bgm. Weinberg teilt mit, dass sich der Fachdienst Bauordnung des Kreises Pinneberg nach seiner Auffassung als unflexibel darstellt und in einigen Bereichen die Realisierung von Vorhaben behindert. Der Landrat sagt zu, dass bei erneut auftretenden Schwierigkeiten das Gespräch gesucht wird.

- Wegeunterhaltungsverband

Bgm. Tesch erklärt, dass der Kreistag für die Unterhaltung der Straßen und Wege Haushaltsmittel bereitgestellt hat. Die Bereitstellung der Haushaltsmittel erfolgte unter der Voraussetzung, dass der Wegeunterhaltungsverband die Instandsetzung der Fuß- und Radwege in seinen Aufgabenbereich aufnimmt. Da die kreisseitig vorgegebene Bedingung für die Mittelbewilligung nicht erfüllt werden konnte, kam es somit nicht zur Auskehrung der bereitgestellten Mittel. Bgm. Tesch kritisiert die Vorgehensweise des Kreises. Der Landrat entgegnet, dass die Koppelung vom Kreistag beabsichtigt war und in Anbetracht des vorhandenen Unterhaltungstaus bei kreiseigenen Radwegen eine Bereitstellung der Mittel nicht erfolgen konnte.

- Kreishaus

Der Landrat teilt mit, dass in Sachen „neues Kreishaus“ noch Verhandlungen geführt werden. Die verschiedenen Varianten werden kurz erläutert. Entsprechend den derzeitigen Planungen ist für Dezember 2010 der Umzug in ein neues Kreishaus vorgesehen. Die Sanierung des alten Kreishauses stellt sich als unwirtschaftlich dar. Auf Nachfrage von Bgm. Weinberg erklärt Herr Dr. Grimme, dass der Umzug in ein neues Kreishaus wirtschaftlich und voll kalkulierbar ist.

- Kreisdgymnasium in Uetersen

Landrat Dr. Grimme berichtet, dass die Stadt Uetersen ab 01.08.09 Schulträger des Gymnasiums in der Stadt Uetersen werden soll. Derzeit besteht noch verschiedener Regelungsbedarf insbesondere hinsichtlich des Übergangs von Personal und eines geforderten finanziellen Ausgleichs zwischen der Stadt und dem Kreis. Durch den Wechsel des Schulträgers werden jedoch keine nachteiligen Auswirkungen für die Schule sowie die Schüler zu befürchten sein.

- Breitbandversorgung/DSL

Der Landrat teilt mit, dass seitens des Kreises beabsichtigt ist, die kommunalen Bestrebungen zur Verbesserung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum auf Kreisebene zu bündeln. Herr Reißler erklärt, dass die amtsangehörigen Gemeinden bereits vorangeschritten sind und eine zeitnahe Verbesserung der Breitbandversorgung anstreben. Der Landrat bittet darum, in einem regelmäßigen gemeinsamen Austausch mit dem Kreis zu verbleiben.

Amtsvorsteher Reißler bedankt sich beim Landrat Herrn Dr. Grimme sowie Herrn Steinbrenner für die Informationen und den offenen Austausch und verabschiedet beide um 20.25 Uhr.

zu 4 Konjunkturpaket II; hier: Schulbau- und Kindertagesstättenförderung
Vorlage: 080/2009/AMT/BV

Herr Manske erläutert die Sitzungsvorlage vom 18.03.2009. Die Richtlinien befinden sich im Anhörverfahren bei den kommunalen Spitzenverbänden und werden voraussichtlich Anfang April 2009 in der Endfassung vorliegen. Wegen der engen Fristsetzungen bedarf es aber zumindest für Maßnahmen im Bereich von Schulen und Kindertagesstätten schon jetzt einer konkreten Anmeldung von in Frage kommenden Vorhaben.

Entsprechend dem Entwurf der Rahmenrichtlinie werden Maßnahmen mit dem Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur an Schulen (insbesondere energetische Sanierung) und Kindertageseinrichtungen gefördert. Es muss sich um zusätzliche Maßnahmen handeln, deren Finanzierung per 27. 1. 2009 noch nicht im Haushalt gesichert gewesen sein dürfen. Die Regelförderquote beträgt 75 %.

Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben müssen mindestens 50.000 € betragen. Der Kreis benennt dem Ministerium für Bildung und Frauen die einzelnen Investitionsvorhaben nach Dringlichkeit und mit den geschätzten Gesamtausgaben. Das Ministerium für Bildung und Frauen entscheidet auf Grundlage aller von den Kreisen und kreisfreien Städten eingereichten Prioritätenlisten über die Aufnahme in das Förderprogramm.

Auf Kreisebene wurde vereinbart, dass die Kreisverfügungssumme in den Teilbereichen „Schulen und Kindertagesstätten“ (19,812 Mio €) nach dem Verhältnis der Schülerzahlen und der Zahl der in Kindertagesstätten betreuten Kinder verteilt werden soll. Daraus ergibt sich, dass auf die 7 amtsangehörigen Gemeinden insgesamt ein Gesamtinvestitionsvolumen von 760.823 € entfällt, auf das eine Förderung von 75 % gewährt wird. Mit der Bildung von Gesamtbudgets für Städte und Ämter wird eine möglichst gerechte Verteilung sowie eine Flexibilität in der Förderung erreicht.

Nach Abstimmung mit den amtsangehörigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeis-

tern sowie dem Schulverbandsvorsteher sind dem Kreis im Vorwege bereits mehrere Vorhaben je Gemeinde gemeldet worden.

Die gemeldeten Maßnahmen überschreiten das auf Amtsebene zur Verfügung stehende Gesamtbudget, so dass eine Prioritätenliste der Maßnahmen zu erstellen ist, die vorrangig in die Förderung einzubeziehen sind. Dabei ist das Verhältnis der Zahl von Schülern und Kindergartenkindern je Gemeinde bzw. Schulverband zu berücksichtigen.

Da die Prioritätenliste bis zum 27.3.2009 beim Kreis vorliegen soll, ist eine kurzfristige Abstimmung auf Amtsebene erforderlich. Es wird für sinnvoll erachtet, dass die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden und der Schulverbandsvorsteher des Schulverbandes Schulzentrum Moorrege im Rahmen eines kurzfristigen Abstimmungsgesprächs eine Prioritätenliste für das Amt Moorrege zusammenstellen. In der Prioritätenliste sollen entsprechende Fördermaßnahmen der amtsangehörigen Gemeinden im Verhältnis der Zahlen ihrer Schüler sowie Kindergartenkinder Berücksichtigung finden.

Bgm. Brüggemann gibt zu bedenken, dass aufgrund des engen Zeitrahmens keine vorherige Abstimmung in den gemeindlichen Gremien möglich ist und sich ggf. noch weitere Maßnahmen (z.B. energetische Sanierung des Kindergartens Appen-Etz) ergeben können. Es wird für wichtig erachtet, dass auf Amtsebene ist eine möglichst gerechte Verteilung der Fördermittel auf entsprechende Maßnahmen der einzelnen Gemeinden erfolgt. Dieses ist durch das Verhältnis der Schul- und Kindergartenkinder zu gewährleisten.

Da die Gemeinden Groß Nordende und Neuendeich keine Schulträger sind und nur über eine geringen Anzahl von Kindergartenkindern verfügen, werden sich für diese beiden Gemeinden keine förderungsfähigen Investitionsmaßnahmen ergeben.

Herr Manske berichtet, dass sich ein Landesschulbauprogramm im Entwurf befindet, das mit 49 Mio € aufgelegt werden soll. Die Zuweisung soll 75 % betragen. Es wird voraussichtlich eine Prioritätenlisten auf Kreis- und Landesebene geben. Die Maßnahmen sollen nicht auf energetische Sanierungen beschränkt sein. Wie die Verteilung der möglichen Fördergelder erfolgt, wird auf Kreisebene noch abzustimmen sein.

Beschluss:

1. Der Amtsausschuss ist damit einverstanden, dass die höchstmögliche Zuweisungssumme aus dem Konjunkturpaket II – Teilbereiche Schulen und Kindertagesstätten – in Höhe von 760.823 € dem Amt zur Verfügung gestellt wird. Daraus sind Maßnahmen der Schulträger und der Träger von Kindertageseinrichtungen mitzufinanzieren.
2. Auf Amtsebene wird eine Prioritätenliste zusammengestellt. Daran wirken die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden und der Schulverbandsvorsteher des Schulverbandes Schulzentrum Moorrege mit. Da die Prioritätenliste spätestens am 27. 3. 2009 beim Kreis vorliegen muss, wird das Abstimmungsgespräch wie folgt terminiert: 26.03.2009 – 9.00 Uhr im Zimmer des Amtsvorstehers

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen

zu 5 Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 079/2009/AMT/BV

Die Haushaltsüberschreitungen gemäß Sitzungsvorlage vom 24.02.2009.
Die noch zu genehmigenden Haushaltsüberschreitungen belaufen sich gemäß **Protokollanlage Nr. 2** mit Stand vom 31.12.2008 im Verwaltungshaushalt auf 39.189,66 €. Im Vermögenshaushalt liegen keine zu genehmigenden Haushaltsüberschreitungen vor.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, die Haushaltsüberschreitungen im Verwaltungshaushalt mit 39.189,66 € zu genehmigen. Im Vermögenshaushalt liegen keine zu genehmigenden Haushaltsüberschreitungen vor.

Abstimmungsergebnis:

21 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

zu 5.1 Information zum Jahresabschluss 2008

Herr Manske informiert über das Ergebnis des Jahresabschlusses für 2008.
Die Jahresrechnung schließt mit einem Sollüberschuss in Höhe von 66.195,58 € ab.
Der Bestand der allgemeinen Rücklage beträgt damit 155.665,77 €.
Wie bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2009 angekündigt wurde, kann eine komplette Sondertilgung des Darlehens für die EDV-Serverfarm (100.000 €) unter Einbeziehung des Sollüberschusses vorgenommen werden. Da der Haushalt 2009 bereits eine planmäßige Tilgungsleistung von 10.000 € beinhaltet, beläuft sich der außerordentliche Tilgungsbetrag auf 90.000 €. Die Darlehensvereinbarung lässt eine restlose Sondertilgung ohne Vorfälligkeitsentschädigung zu.

Beschluss:

Der Amtsausschuss stimmt der restlosen Sondertilgung des Darlehens zur Erneuerung der EDV-Serverfarm (Darlehenssumme 100.000 €) zu. Die Tilgung erfolgt durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage.

Abstimmungsergebnis:

21 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

zu 6 Wahl einer Vertreterin oder eines Vertreters des Amtes in den Vorstand des Kreisverbandes Pinneberg des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages; hier: Nachfolger für J. Manske
Vorlage: 077/2009/AMT/BV

Der Amtsvorsteher erläutert die Sitzungsvorlage vom 22.01.2009. Der Finanz- und Personalausschusses hat empfohlen, dass der künftige LVB Herr Rainer Jürgensen das Amt Moorrege im Vorstand des Kreisverbandes des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages e.V. vertritt.

Beschluss:

Als Nachfolger für Herrn Manske wird Herr Rainer Jürgensen ab 01.06.2009 als Vertreter des Amtes in den Vorstand des Kreisverbandes Pinneberg des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages e.V. gewählt.

Abstimmungsergebnis:

21 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

zu 7 Verschiedenes

Herr Fitzner teilt mit, dass das für den Amtsbereich stattgefundene Baurechtsseminar sehr informativ war und regt an, dass weitere Schulungen zum Thema Baurecht angeboten werden. Lt. Amtsvorsteher Reißler ist geplant, weitere Schulungen zum Thema Baurecht für das Ehrenamt anzubieten. Der Fachdienstleiter Bauordnung des Kreises Pinneberg, Herr Zuschlag hat bereits seine Bereitschaft angekündigt.

Nichtöffentlicher Teil

zu 8 Personalangelegenheiten

Beratungsgegenstände liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Für die Richtigkeit:

Datum: 25. Juni 2009

gez. Reißler

Walter Reißler



Jens Neumann